

NSU-Netzwerk kann sich bis heute auf Thüringer Neonaziszene stützen

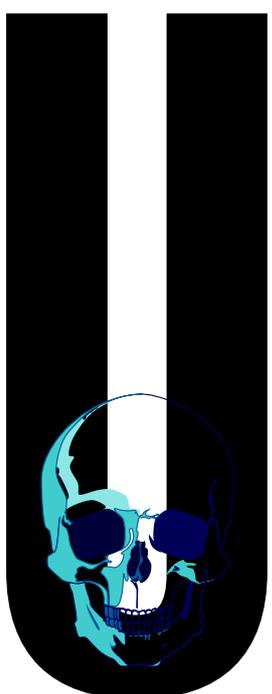
„Die Information, dass der beschuldigte und inhaftierte NSU-Unterstützer Wohlleben einen regen Austausch mit Neonazis selbst aus dem Gefängnis pflegte, war bekannt. Dass er sich dabei hochkonspirativer Methoden bedienen konnte, verdankt Wohlleben einem in Thüringen politisch aktiven Neonazi-Netzwerk, wie eine Meldung des MDR zeigte“, kommentierte die Landtagsabgeordnete Katharina König.

Insbesondere die Tatsache, dass einer der Hauptunterstützer und offensichtliche Initiator und Betreiber des beidseitigen Informationsaustausches auch gleichzeitig verantwortlicher Anmelder des Thüringentages der Nationalen Jugend am 8. Juni in Kahla ist, zeige, so König, „dass der NSU und sein engstes Umfeld sich bis heute auf die Thüringer Neonaziszene stützen kann, während diese weiterhin versucht, mit angemeldeten Versammlungen eine neonazistische Erlebniswelt für insbesondere Jugendliche im öffentlichen Raum zu schaffen“. König fordert angesichts der heute bekannt gewordenen Informationen, Anmeldungen von Neonazis aus dem NSU-Unterstützernetzwerk, wie die in Kahla, nicht länger als Einzelereignisse zu bewerten, sondern als Teil einer Strategie, die von öffentlichen Veranstaltungen bis zur direkten Unterstützung neonazistischer Terrornetzwerke reicht.

**Fraktion DIE LINKE
im Thüringer Landtag**

Der Mai ist gekommen, die Zeugen sagen aus.

NSU



„Das Oberlandesgericht München hat den Beginn des NSU-Prozesses auf den 6. Mai verschoben. Die Akkreditierung der Presseplätze beginnt von vorn. Wie die Kriterien dafür aussehen, ist noch unklar.“ FAZ, 15.4.2013

Gegen das Völkerrecht

Kampfdrohnen stehen für eine Aushebelung völkerrechtlicher Standards in Konfliktgebieten

Am 26. Oktober 2011 verkündete der Bundesminister für Verteidigung das neue Standortkonzept der Bundeswehr. Zunächst konnten Menschen in den Landkreisen Gotha und Ilmkreis aufatmen und auf ein Ende der militärischen Nutzung

des seit Jahrzehnten genutzten Truppenübungsplatzes in Ohrdruf hoffen. Dieser stand ausweislich der Veröffentlichung des Bundesverteidigungsministeriums vor der Auflösung. Von den zum Zeitpunkt noch 30 stationierten Dienstposten sollten nach Umsetzung der Standortkonzeption keiner mehr verbleiben.

Fortsetzung S. 3

Seite
2

B. Fundheller:
**Mach mit,
mach's nach, ...**

Seite
5

K. Perl:
**Alternative Energie
- gut, aber teuer**

Seite
9

Dr. H. Raschke:
**Er wurde auch
in der DDR geehrt**

Mach mit, mach's nach, ...



... wir machen nicht mit!

So oder ähnlich ist die Aufstellung und Debatte zum Doppelhaushalt der Jahre 2013/2014 in der Stadt Gotha gelaufen. Ich könnte

noch ein schärferes Sprichwort abwandeln: „Sie tun es, aber sie wussten nicht, was sie taten.“

Mit der Ankündigung, der Einführung eines Doppelhaushaltes in der Stadt Gotha, wurde uns erläutert, dass dies Planungssicherheit schaffen würde, die Projekte termingerecht abgearbeitet werden können und die Vereine und Sportverbände für die nächsten zwei Jahre ihre Mittel gesichert hätten. Was man uns zur Auslegung des Haushaltes nicht sagte, ist, dass die Voraussetzungen für einen solchen Haushalt sichere Finanzeinnahmen und solide Abgaben langfristig notwendig sind.

In meiner gesamten Tätigkeit im Stadtrat Gotha musste unsere Fraktion das erstmal zu einem Haushalt zweimal Stellung beziehen. Das erste mal gaben wir eine Stellungnahme zum Haushaltsentwurf und unsere Änderungsvorschläge ab, wie wir das Geld in einem Haushalt anlegen würden. Aber selber der Entwurf und die Diskussionen bis zur endgültigen Beschlussfassung am 16.4.2013 im Stadtrat zeigten die entstandenen Probleme.

Mit der verzögerten Zuarbeit aus dem Land Thüringen und der Kreisverwaltung Gotha konnte nicht einmal eine ordentliche Diskussion zu Stande kommen. Kreisumlage hoch, Kreisumlage runter, Kreisumlage bleibt, was sagt die Steuerschätzung des Landes Thüringen und wie hoch werden die Einnahmen aus den Abgaben und Beiträgen im letzten Jahr sein. Alle diese direkten Einflüsse auf unseren Stadthaushalt werden dann noch von dem längst reformüberfälligen Finanzausgleichsgesetz des Landes, Einnahmerekentrics des Finanzministers und dem immer teurer werdenden Stadtbad in unserer Stadt begleitet.

Am Ende steht ein Haushalt mit stagnierenden Zahlen bei den freiwilligen Leistungen, den rückläufigen Zahlen bei Investitionen und der sich immer weiter rückläufigen kommunalen Selbstverwal-

tung. Die Menschen in den Städten und Gemeinden, die Bürger der Stadt Gotha denken leider zu oft, dass es sie nicht betreffen wird. Aber der Haushalt ist „in Zahlen gegossene Politik“, und je schlechter die Zahlen, umso schlechter wird die Politik in Form der Gestaltungsmöglichkeit in unserer Stadt sein. Uns nutzen nichts die Projekte, wie Herzogliches Museum, Residenzbad und Bibliothek, wenn wir sie nicht mehr bezahlen können, weil die Unterhaltung nicht mehr möglich ist, weil die Menschen sie nicht besuchen können, weil das Geld nicht mehr da ist. Und wir werden diese Attraktionen auch nicht mehr vermarkten können, weil die Menschen in der Region nicht mehr da sind.



Die Haushaltsplanung in der Stadt Gotha und nicht nur in Gotha zeigt deutlich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht einfach an den öffentlichen Mitteln vorbeigegangen ist. Mit Streich- und Einsparorgien hat man uns jetzt einen Doppelhaushalt 2013/14 aufgedrückt. Das Kumulieren aller Einnahmen und Ausgaben lässt den Haushalt für die beiden Jahre ausgeglichen aussehen. Doch wie heißt es so schön? „Der Teufel liegt im Detail“ - und da haben sich schon einige Ungereimtheiten eingeschlichen. So ist heute schon klar, dass der Haushalt 2012 auf Grund von fehlenden Gewerbesteuereinnahmen von ca. 6 Mio. mit einem Defizit von geschätzten 2,5 Mio. Euro abschließt. Sicher kann man dies in die nächsten Haushalte vortragen, aber wir sind als Kommune verpflichtet, dieses Defizit in den nächsten zwei Jah-

ren wieder auszugleichen. Trotz der per 31.12.2012 nicht erreichten Gewerbesteuereinnahme von rund 13 Mio. Euro (Plan 19,5 Mio.) setzt man für die Jahre 2013/14 jeweils 17 Mio. Euro an. Was hat die Verwaltung aus der Finanzkrise eigentlich gelernt? Die Firmen werden auch in den nächsten Jahren nicht auf einen solchen Gewinn kommen, um eine ausreichende Gewerbesteuer an die Gemeinden zu zahlen. Man verschließt sich einfach dieser Tatsache. Auch die Gewinnausschüttung unserer Städtischen Betriebe hält sich in Grenzen. Notwendige Investitionen in der Baugesellschaft, Neustrukturierungen bei der Fernwärme und anhängende Rechtsstreitigkeiten in den Stadtwerken Gotha machen eine finanzielle Unterstützung in Form der vertraglich geregelten Gewinnausschüttung unmöglich. Von den Kreditaufnahmen, um das neue Stadtbad fertigzustellen, ganz zu schweigen. Falsche Kalkulation, Planungsfehler und Mängel an der Ausführung lassen uns hier auch in langwierige Streitigkeiten verfallen.

Als Fraktion DIE LINKE haben wir diesen Haushalt abgelehnt. Außer, dass es schwer war Alternativen aufzuzeigen, haben wir deutlich gemacht, dass mit diesem Haushalt die kommunale Selbstverwaltung untergraben wird und es bei einem „Weiter so!“ auch zu Stagnation führen wird. Stau in den Investitionen, stagnierende und sinkende freiwillige Leistungen und Abbau einer modernen Verwaltung werden die Folge weiterer Haushaltsentwürfe sein, wenn Bundes- und Landespolitik nicht endlich die Zeichen der Reformen erkennen. Gebiets-, Verwaltungs- und Funktionalreform sind ein erster Schritt, um die Kommunen weiter lebensfähig zu halten. Folgen muss eine neue Einnahmepolitik in Form der Steuer und Abgabereform auf Landes- und Bundesebene. Und weiter muss es gehen mit den Veränderungen der Bedingungen für die Menschen, Einführung eines gesetzlich geregelten Grundeinkommens, Senkung der Abgaben und Beiträge, Begrenzung und Steuerung der Strom- und Mietpreise und Förderung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene, um den Menschen wieder Vertrauen in die Politik zu geben.

Bernd Fundheller
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gotha

Fotos (4): W. Möller

Gegen das Völkerrecht

Fortsetzung von S. 1



Nach der Veröffentlichung waren „betroffene“ Kommunen und Landkreise bemüht, eine in Kriegseinsätzen im Ausland beteiligte Bundeswehr als Standortvorteil zu verharmlosen. Und so

zeigten sich am 16. Februar 2012 der Gothaer Landrat und die Ohrdruffer Bürgermeisterin beruhigt, als der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Christian Schmidt vor Ort verkünden durfte, den Truppenübungsplatz als Standortübungsplatz für das in Gotha stationierte Aufklärungsbataillon auch zukünftig in vollem räumlichen Umfang nutzen zu wollen. „Man sehe vom Bedarf eher eine Steigerung in dieser Nutzung“, sagte Schmidt und verwies auf die Notwendigkeit eines weitläufigen Übungsgeländes für den Einsatz unbemannter Flugobjekte, der sogenannten Drohnen.

Gegenwärtig verfügt die Bundeswehr über mehr als 350 Drohnen unterschiedlichster Größe und Einsatzgebiete, die bislang unbewaffnet sind. Die Debatte um Drohnen

bei der Bundeswehr hat sich mit der Ankündigung des Verteidigungsministers de Maizière, den Erwerb auch bewaffneter Drohnen zu prüfen, verschärft. Ein Vorschlag, der von CDU, FDP und auch SPD wohlwollend begleitet wird. Sie begründen ihre Unterstützung mit dem möglichen Schutz eigener Soldaten im Einsatz durch derartige Systeme. Bündnis90/Die Grünen lehnen den Einsatz nicht grundsätzlich ab, wollen diesen aber völkerrechtlich geregelt wissen. Einzig die Partei DIE LINKE lehnt Kampfdrohnen bedingungslos ab und forderte erst unlängst in einem Antrag im Deutschen Bundestag, „sich auf internationaler Ebene für eine Konvention zur umfassenden Ächtung solcher Waffensysteme einzusetzen und als ersten Schritt dahin wirksame Rüstungskontrollvereinbarungen auf dem Gebiet der Drohnentechnologie und der entsprechenden Technologietransfers zu befördern.“ (Drucksache 17/12437 vom 21.02.2013)

Der Einsatz von Drohnen, sowohl der bereits stattfindende Einsatz von Aufklärungsdrohnen als auch der geplante Einsatz von Kampfdrohnen bei der Bundeswehr, gründet sich auf die mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 weiter konkretisierte Ausrichtung der Bundeswehr und die damit verbundene stärkere Einbindung in Kriegs- und Kampfeinsätze im Ausland. Demnach komme „es heute und in Zukunft neben der klassischen Landes- und

Bündnisverteidigung darauf“ an, „Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten, indem ihnen aktiv vorgebeugt wird oder sie zumindest eingegrenzt werden. Angesichts der Bandbreite potenzieller Konflikte muss die Bundeswehr daher auch künftig ein breites Fähigkeitsspektrum vorhalten. ... Das Ziel der Neuausrichtung der Bundeswehr ist, die Bundeswehr so aufzustellen, zu finanzieren und auszustatten, dass Deutschland nachhaltig befähigt wird, gemeinsam mit seinen Partnern einen gewichtigen militärischen Beitrag zur Sicherheit des Landes und des Bündnisses sowie zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt zu leisten. Konkrete nationale Zielvorgabe ist die Befähigung zum gleichzeitigen durchhaltefähigen Einsatz von bis zu 10 000 Soldatin-



nen und Soldaten bei Übernahme der Verantwortung einer Rahmennation für landgestützte Einsätze in bis zu zwei Einsatzgebieten und zusätzlich einem maritimen Einsatz.“ (Sachstand zur Neuausrichtung der Bundeswehr, BMVg vom 01.11.2011)

Drohnen bilden hierfür eine passende technische Ausstattung. Sie sind zuvorderst dafür geeignet, in feindlichem bzw. neutralem Gebiet zu operieren. Sie dienen entweder der unmittelbaren Vorbereitung bewaffneter Schläge oder dem Angriff auf Einzelpersonen bzw. kleine Gruppen. Drohnen verlassen damit den Bereich der unmittelbaren Kriegsbeteiligung und senken somit Einsatzschwellen bei Angriffen gegen Personen erheblich herab. In diesem Zusammenhang wird immer wieder von einer „anonymisierten Kriegsführung“ und von einem „Krieg als Videospiele“ gesprochen. Doch die ethischen und rechtlichen Probleme sind noch viel weitgehender. In den bisherigen Haupteinsatzgebieten in Pakistan und Afghanistan sind „gezielte Tötungen“, Töten auf Verdacht, Angst und Einschüchterung der Bevölkerung ganzer Regionen durch die verdeckten und damit überraschenden „Missionen“ an der Tagesordnung, bei denen regelmäßig Zivilisten getötet werden. Über die Opferzahlen gibt es unterschiedliche Angaben. Allein in Pakistan sind laut der Informationsstelle Militarisierung e.V. bei etwa 350 Drohnenangriffen bislang zwi-

schen 475 und 885 Zivilisten, darunter 176 Kinder, getötet worden. Allein hieran zeigt sich bereits der völkerrechtswidrige Charakter eines vermeintlich „sauberen“ Kriegsgerätes. Hinzu kommt, dass der Einsatz von Drohnen zumeist außerhalb erklärter Kriegsgebiete erfolgt, weil beabsichtigt ist, mit Drohnen „Anführer“ gezielt zu töten. Die rechtliche Komponente ist offensichtlich, handelt es sich in diesen Fällen vielmehr um außergerichtliche Hinrichtungen, die nicht mit der kaum nachweisbaren Rolle als aktive kriegsbeteiligte Kombattanten gerechtfertigt werden dürften.

Auf eine andere Dimension der beabsichtigten Forcierung eines Drohnenkrieges weist DIE LINKE in ihrem Antrag im Deutschen Bundestag hin – der eines neuerlich drohenden

Wettrüstens. Obwohl Drohnen ähnliche Eigenschaften haben können wie Marschflugkörper und neben konventionellen Waffen auch Massenvernichtungswaffen transportieren können, fehle es an effektiven Kontrollmechanismen für dieses Trägersystem. Es drohe ein riskantes Wettrüsten, das die Gefahren der Proliferation an andere Staaten und an substaatliche Akteure beinhaltet. In der Folge kann der Besitz von Kampfdrohnen

die Hemmschwelle für technologisch fortgeschrittene Staaten, Krieg zu führen, gefährlich herabsetzen und beschleunigt gleichzeitig die Motivation der jeweiligen Gegenseite, Drohnensysteme zu erwerben. Eine solche Rüstungsspirale beinhaltet auch die Gefahr, dass sich die bereits absehbaren Tendenzen der Automation und Autonomisierung solcher Systeme rasant fortsetzen und damit auch zur Automatisierung einer militärischen Eskalation führen können.

Die Forderung der Partei DIE LINKE nach internationaler Ächtung von Drohnen ist konsequent für eine Friedenspartei, die den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland fordert und auf die Entwicklung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen setzt. Das heißt aber auch, sich den zunächst lautlosen Übungen der Bundeswehr mit Aufklärungs- und später wohl auch Kampfdrohnen auf einem Standortübungsplatz in Ohrdruf zu widersetzen und auch, nachdem aktive Schießübungen in Ohrdruf ein Ende finden, den Protest gegen den militärischen Übungsplatz fortzusetzen.

Am 30. März zum diesjährigen Ostermarsch „Für eine Welt ohne Krieg und Militär!“ war eine Gelegenheit, für eine zivile und ökologische Nutzung des Gebietes des heutigen Standortübungsplatzes einzutreten. (<http://drohnenkampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/>)

Foto : Ohne Rüstung leben, **Martina Renner** 143, 2013-1, S. 9.

Sparen oder verzichten müssen

Aus der Rede zum Kreishaushalt 2013

Herr Vorsitzender, Herr Landrat, werte Kreisratsmitglieder, sehr geehrte Gäste, der Haushalt (HH) 2013 liegt uns nun endlich zur Beschlussfassung vor. Wenn wir den Spruch „Haushalte sind in Zahlen gegossene Politik“ wörtlich nehmen, müssen wir alle uns große Sorgen um die Politik in unserem Land und um die Entwicklung der kommunalen Ebene machen. In HH-Plänen werden die Handlungsmöglichkeiten und die Selbstbestimmung der Kommunen abgebildet. Kommunale Selbstverwaltung, Freiwillige Ausgaben, kulturelle Angebote oder mögliche Investitionen, um nur ein paar Stichworte zu nennen.

Wir Kreisratsmitglieder waren wie jedes Jahr eingeladen durch eigene Ideen, der Verwaltung Vorschläge und Änderungen aufzutragen. Seit September 2012 – eigentlich in der Frist, aber ohne verlässliche Zahlen des Landes Thüringen. Es macht uns schon ärgerlich, wenn wir einen Haushaltsentwurf vorgelegt bekommen, ohne verlässliche Zahlungen des Zuwendungsgebers zu wissen. Viel Zeit hätten wir für andere Themen verwenden können. Ganz zu schweigen vom Land verordneten Gesetzesverstoß wegen der Fristen der Einreichung der Pläne bei den Kommunalaufsichten.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich kommunale Haushalte immer schwieriger gestalten lassen. Die Säulen, auf die sich eine solide Finanzpolitik eines Landkreises stützen sollte, bröckeln zunehmend und drohen gar einzustürzen. Der Zankapfel kommunaler Finanzausgleich Da gibt es erhebliche Differenzen zwischen dem, was der Finanzminister des Freistaates den Kommunen geben wollte und dem, was die Kommunen zur Aufgabenerfüllung brauchen. Die vom Land verantwortete Finanzausstattung ist unzureichend und eine Nachbesserung wäre dringend von Nöten. Diese werden wir jedoch nicht kriegen, weil das Land seine Zahlungen an die Kommunen und Landkreise durch den Doppel-HH für zwei Jahre festgeschrieben hat. Erschwert wird die Situation zusätzlich durch vom Land in die kommunale Ebene übertragene Aufgaben. Dieses Mal sind es zwei Straßen in der Umwidmung

für die der Landkreis erhebliche Eigenmittel aufbringen muss.

Was für ein Handlungsspielraum bleibt also den Verwaltungen und welche Mitsprachemöglichkeit haben wir, Kreisräte, Stadträte Gemeinderäte? Dieser Haushaltsentwurf ist nur noch ein Instrument für eingeschränktes Handeln der Verwaltung und bietet kaum Gestaltungsmöglichkeiten. Jedoch aufgetatmet haben wir bei der Feststellung, dass freiwillige Leistungen weitestgehend erhalten geblieben sind. Kritik würdig fanden die Mitglieder meiner Fraktion wie der Landrat mit den vom Land verordneten Mindereinnahmen umgehen wollte: Über die Kreisumlage. Darüber finanziert sich der Kreis, zahlen müssen die Kommunen. Deswegen wurde – wie fast jedes Jahr so auch in diesem – die Kreisumlage zum besonderen Politikum.

DIE LINKE.

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/85 61 64, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

Von uns angedachte Vorschläge, Mittel besser an einer anderen Stelle einzusetzen, scheiterte schon im Ansatz der Mittelherkunft. Unser Antrag Planungen von kleineren Baumaßnahmen durch die Verwaltung selbst erstellen zu lassen – wie das anderen Ortes geschieht – fand keine Mehrheit. Beispiel: Anstelle 30 000 Euro Planungsleistung könnten vielleicht schon der Pausenplatz bzw. ein Teil der Kleinsportanlage gestaltet sein.

Meine Fraktion vermisst beim Landrat das Nachdenken über Einsparpotentiale gemessen an den Herausforderungen der Zukunft: Ich sage nur erstens das Stellen der Probleme der demografische Entwicklung, zweitens wie bereiten wir uns auf eine mögliche Gebietsreform vor und drittens: Vielleicht gibt es heute schon Formen kreisübergreifender Zusammenarbeit.

Als Fraktion DIE LINKE hätten wir schon einige Vorstellungen, Zukunftsvisionen für unseren Landkreis, an der alle Menschen teilhaben können. Aber auch wir müssen der Realität ins

Auge sehen und tun das. Wir erkennen, dass wir in der Vergangenheit nicht die zukunftsweisenden Lösungen schaffen konnten bzw. geschaffen haben und manche Einnahmen ausbleiben.

Die Verwaltung und auch wir als Kreisräte haben einen wichtigen Grundsatz bei dieser Diskussion zu erfüllen „Haushaltsklarheit – Haushaltswahrheit“. Wie sollte man einen solchen Haushaltsentwurf seine Zustimmung geben, wenn nicht bekannt ist, ob 2 Mio. Euro Gewinnausschüttung Helios Klinik wirklich kommen? Das Thema beschäftigt uns ja schon eine geraume Zeit. Wesentlich erleichtert wären die Mitglieder meiner Fraktion gewesen, wenn wir die Gewinnausschüttung schon in trockenen Tüchern hätten. Bedeutet das ansonsten Kreditaufnahme? Keine neuen Schulden war lange finanzpolitisches Ziel im Landkreis Gotha, jedoch die Jahresrechnung 2012 gibt uns den Spiegel – wir werden den Kredit von knapp 1,7 Mio. Euro auch in Anspruch nehmen müssen!

Meine Damen und Herren, die finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren verschärft. Mangel an Geld in der Bundesrepublik ist jedoch nicht der Grund. Vielmehr fand in den zurückliegenden Jahren, gefördert durch die Regierungspolitik im Bund und den Ländern, eine permanente Umverteilung der Vermögen von unten nach oben statt. Gleichzeitig haben Bund und Länder den Gemeinden eine Vielzahl neuer Aufgaben übertragen. Die Entwicklung der Einnahmen hielt dem nicht Stand. Deshalb benötigen wir eine gerechtere Steuerpolitik in Deutschland zur auskömmlichen Finanzierung aller öffentlichen Haushalte – auch die der Landkreise.

Die Vorausschau auf die nächsten Jahre sieht noch trüber aus. Wer sagt uns denn, ob wir die in diesem Jahr eingestellten Planungsleistungen in den Folgejahren umsetzen können? Den Städten, Gemeinden und den Landkreisen steht das Wasser bis zum Halse. Kommunen in Not. Wie heißt es so schön?: Den letzten beißen die Hunde. Wir als Landkreis sind – vielleicht zum Glück – nicht die letzten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Geld direkt verwenden

Offener Brief zur Freisportanlage für das Arnoldi-Gymnasium

Sehr geehrter Herr Landrat Gießmann, sehr geehrte Schüler und Elternvertreter des Arnoldi-Gymnasiums, mit Unverständnis musste ich die verschiedenen Mails von Vertretern des Arnoldi-Gymnasiums an meine Fraktion zur Kenntnis nehmen und nutze die Gelegenheit, einiges richtig zu stellen:

1. Meine Fraktion hat sich öffentlich zur Freisportanlage für das Arnoldi-Gymnasium

bekannt. In der Kreistagssitzung am 8. Juni 2011 konnten wir allerdings diese Forderung gegen den Willen der Kreistagsmehrheit im Schulnetzplan nicht niederschreiben lassen.

2. Mit unserem Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2013 wollten wir erreichen, dass Planungsleistungen – zumindest die für Sportanlagen und sonstige Außenanlagen durch die Verwaltung und nicht durch externe Dritte erledigt werden. Ihre Freisportanlage steht also gar nicht zur Debatte. Vielmehr sollen Gelder des Landkreises direkt in die Umsetzung der Maßnahmen fließen und nicht

in teure Planungsleistungen. Dies würde auch dem Arnoldi-Gymnasium zu Gute kommen.

3. Der Handlungsweise seitens des Schulverwaltungsamtes, welches offensichtlich Informationen bewusst unvollständig weitergegeben hat und damit politische Einflussnahme versucht, können wir an dieser Stelle nur beanstanden und scharf kritisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Schreiner B.A.
Kreistagsmitglied, Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Gotha

Alternative Energie – gut, aber teuer

Strompreise lokaler Versorger liegen weit unter den von den Konzernen diktierten

Wenn man der Bundesregierung glaubt, kommt uns die Energiewende teuer zu stehen. Es gibt angeblich mehr Anlagen zur Erzeugung alternativer Energie, als ursprünglich geplant, und die eingesetzten Fördermittel müssen auf die Verbraucher umgelegt werden – klingt irgendwie logisch. Aber Deutschland hat noch nie so viel Elektroenergie zu Dumpingpreisen exportiert wie 2012. Herr Altmaier, wollen sie uns in die Irre führen? Warum können lokale Versorger Energie zu Preisen anbieten, die weit unter den von den Konzernen diktierten Strompreisen liegen? Bei vielen politischen Entscheidungsträgern scheint noch nicht angekommen zu sein, dass es sich bei der Energiewende nicht einfach um eine Ablösung einer alten Technologie der Elektroenergieerzeugung durch eine neue handelt. Es ist ein technologischer Sprung, der auch neue Denkweisen verlangt. Auf unserem 3. Landesparteitag in Friedrichroda fiel der Satz: „Wir müssen global denken und lokal handeln“.

Als wichtigsten Punkt sehe ich, dass man sich endlich davon verabschieden muss, dass eine gewisse Grundlast an Elektroenergie durch Großkraftwerke abzusichern ist. Diese Großkraftwerke sind träge, brauchen eine gewisse Zeit zur Abschaltung, sind teuer im Unterhalt im abgeschalteten Zustand und brauchen sehr lang, um wieder hoch zu fahren. Außerdem werden viele Stromtrassen benötigt, die die Elektroenergie von den Erzeugern zu den Verbrauchern transportieren. Neben den Kernkraftwerken zähle ich auch die Kohlekraftwerke zu den Bremsen der Energiewende.

Die Energietrassen durch Thüringen sind hauptsächlich dafür gedacht, Grundlaststrom der Braunkohlekraftwerke von Vattenfall aus der Lausitz nach Bayern und Baden-Württemberg zu transportieren. In der Lausitz sollen wieder Landschaften und Dörfer der Kohle geopfert werden. Den Profit wird Vattenfall erzielen, aber die spätere Renaturierung hat der Staat zu tragen. Würden alle anfallenden Kosten auf den Strompreis umgeschlagen, wären diese Anlagen heute schon so teuer, dass sie sich nicht mehr lohnen würden.

Ähnlich verhält es sich mit der Endlagerung des radioaktiven Abfalls. Bei fast allen Kraftwerken, die Grundlaststrom erzeugen, übernimmt der Staat die anfallenden Nachfolgekosten. Man fragt sich, warum überholte Technologien so nachhaltig gefördert werden und moderne Technologien diesen Vorzug nicht erhalten. Die meisten „Experten“ in den Ministerien steuern die Politik in die Richtung ihrer Geldgeber. Angeblich soll der von großen Konzernen in Windparks in der Nordsee erzeugte Strom in den Süden Deutschlands beför-

dert werden – warum dann aber nicht auf dem kürzesten Weg über das Rhein-Main-Gebiet?

Schwerpunkt in der Debatte um die Energiewende bildet die Erzeugung und Verteilung der Elektroenergie, aber es geht hier um viel mehr. Muss Elektroenergie unbedingt Basisenergieträger sein? Kann man nicht mit alternativ erzeugtem Methangas oder Wasserstoff vieles realisieren, wozu heute noch Elektroenergie, Benzin oder Diesel verbraucht werden? Es geht auch nicht nur um Energieerzeugung und Energieverbrauch, es geht auch um Heizung und Wärmedämmung. Es geht um preiswerte, bezahlbare Energie. Dies ist aber nur machbar, wenn man der Verschwendung Einhalt gebie-



tet und mit hohen Wirkungsgraden arbeitet. Die Nur-Elektroenergieerzeugung oder Nur-Wärmeezeugung muss durch Kombilösungen ersetzt werden und die enormen Übertragungsverluste von Überlandleitungen kann man durch eine lokale Energieerzeugungsstrategie vermeiden.

Für den Landkreis Gotha und den Ilmkreis bestehen gute Chancen, Selbstversorger zu werden, wenn man den Truppenübungsplatz Ohrdruf als Energiepark nutzen könnte. Hier könnte so viel Elektroenergie erzeugt werden, dass auch für unsere Landeshauptstadt noch etwas übrig wäre. In Kombination mit dem Pumpspeicherwerk Tambach-Dietharz wären für unseren Landkreis somit beste Bedingungen gegeben. Bei den Windkraftanlagen sind allerdings noch innovative Verbesserungen gefragt, um die Verluste an Vögeln zu reduzieren oder auszuschließen. Falls möglich, sollte man die Windräder mit Technik versehen, die von den Sinnen der Vögel als Gefahr wahrgenommen wird.

Es geht aber noch weiter. „Überschüssig“ erzeugte Elektroenergie darf nicht zum Abschalten der Anlagen führen. Sie muss in Wasserstoff und in Kombination mit Biogasanlagen in Methan umgewandelt werden. Diese Treibstoffe müssen dann Benzin und Diesel zum Antrieb von Kraftfahrzeugen ersetzen. Weiterhin sollten Kommunen bestrebt sein, in lokalen Anlagen gleichzeitig Elektroenergie und Heizungswärme zu erzeugen und es müssen Genossenschaften gefördert werden, die die Gemeinden zu Selbstversorgern mit allen möglichen Energiearten werden lassen.

In der Augustausgabe der Klarsicht des letzten Jahres wurde die von der LichtBlick AG vorgeschlagene Kraft-Wärme-Kopplung eines Schwarmkraftwerkes vorgestellt, wo jedes

Haus sein eigenes kleines Kraftwerk besitzt. All diese preiswerten Alternativen würden natürlich zu Lasten der großen Stromkonzerne gehen und diese letztendlich überflüssig machen. Dies scheinen aber die Berater besonders im Umweltministerium in Berlin verhindern zu wollen und sie versuchen, den Umgestaltungsprozess so lang wie möglich aufzuhalten.

Es sind innovative Ideen und schnelle Umsetzungen dieser Ideen gefragt. In der MDR-Sendung „Umschau“ wurde eine Computeranlage gezeigt, mit deren Hilfe Gebäude beheizt werden. Je nach Wärmebedarf werden die Rechner mit Aufgaben betraut, die mehr oder weniger Rechnerleistung beanspruchen und damit mehr oder weniger Wärme erzeugen, die dann extra noch in Wärmespeichern gepuffert wird. Große Rechenzentren, die aufwendig mit Klimaanlage gekühlt werden mussten, sind dezentralisiert vernetzt, dienen Heizungszwecken und brauchen nicht mehr gekühlt zu werden.

Moderne Passivhäuser sind so konzipiert, dass sie nur noch ganz wenig beheizt werden müssen und mit der Abluft über Wärmetauscher die Frischluft sofort wieder erwärmt wird. Wärmepumpen, die die Umgebungsluft oder das Erdreich nutzen, sorgen für eine ausreichende Beheizung der Gebäude. Aber es gibt noch sehr viele energetisch zu sanierende ältere Häuser. Mangels ausreichender finanzieller Mittel sehen sich jedoch viele Hausbesitzer außer Stande, erforderliche Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Problematisch wird die Situation auch für viele Mieter, wenn sie die drastisch erhöhten Mieten nach erfolgter Modernisierung der Gebäude nicht mehr zahlen können.

Die aus dem Braunkohletagebau bekannten Schaufelradbagger würden das Unterbecken ausheben und damit den Damm für ein Oberbecken aufschütten, welches dann entsprechend innen abgedichtet wird. Die Anlage würde wie ein Pumpspeicherwerk funktionieren. Je nach Höhenunterschied und dem Volumen des Oberbeckens könnten so enorme Speicherkapazitäten aufgebaut werden.

Es gibt viele gute Ideen in unserem Land, aber von vielen Politikern ist der Wille nicht erkennbar, eine wirkliche sozial verträgliche Energiewende voranzutreiben. Zu sehr bestimmen die Konzerne den Weg unserer Regierung und versuchen, uns mit fadenscheinigen Argumenten hinters Licht zu führen. Es ist an der Zeit, auch im Kreis Gotha Druck zu machen und unserem Landrat Vorschläge öffentlich zu unterbreiten, die realisierbar sind und jedem einzelnen Bürger im Kreis nützen werden.

Klaus Perlt

Abbildung: Ringwallspeicher – Pumpspeicherwerke im flachen Land könnten zur Lösung der Speicherproblematik beitragen.

Uli – die bayerische Ikone

Von Heinz Niedermeier

Die Gier und der Geiz und die Unvernunft
suchten gemeinsam nach Unterkunft.
Doch will man sich irgendwo niederlassen,
muss man auch prima zusammenpassen.



Darum dachten die Drei auch bei ihrer Wahl:
Ein Geldsack als Bleibe das wäre ideal!
So ließen die Drei sich als Untermieter
schon vor vielen Jahren in Bayern nieder.

In Uli Hoeneß, dem allseits bekannten
Sohn eines Fleischers und Wurstfabrikanten,
der außerdem als reicher Bayern-Boss
die Gewogenheit der CSU genoss.

Dieser Pharisäer ist einer von denen
mit den ausgeprägtesten Hamstergenen.
Sitzt er in der Talk-Show, dieser VIP-Fete,
dann quasselt er lautstark und auch ziemlich blöde,

dass bei höheren Steuern für Reiche die Reichen
mit den vielen Moneten ins Ausland entweichen.
Dann wären die Armen allein, krank und bleich!
Doch ohne die Armen wäre Uli nicht reich!

Für Steuerflüchtige gäbe es genug Hürden,
wenn Regierungen wirklich regieren würden.
Auch Uli weiß das, wenn er kriminell handelt:
Politik ist doch meist mit dem Gelde verbandelt.

Darum spricht er von Ethos und vernebelt die Hirne
mit Schaum vor dem Mund und hochroter Birne.
Da jubeln die Gier, Unvernunft und Geiz.
Millionen von Schwarzgeld hat er in der Schweiz.

So ist das mit dem Kapitalisten-Verein:
Die Steuern im Land bezahlen die Armen allein.
Es steigen die Preise und auch die Gebühren,
die Straße voller Löcher, Obdachlose, die frieren.

Das Geld fehlt für billige Kita-Plätze,
doch der Philanthrop Uli bewacht seine Schätze.
Dabei kann er – selbst mit gewaltigen Mühen –
sich nur ein Paar Schuhe auf einmal anziehen,

vielleicht noch zwei Hosen übereinander.
Isst er zehnmal am Tag, platzt sein Bauch auseinander.
Er kann nicht zeitgleich in zehn Häusern wohnen.
Was will dann der Geldsack mit den vielen Millionen?

Die täten doch Not für die Infrastruktur!
Doch ein Geldsack wie Uli bleibt geizig und stur.
Er spekuliert weiter, damit über Nacht
der ergaunerte Kies wieder neuen Kies macht.

Der Große macht Beute, der Kleine macht Miese –
so lautet die Kapitalisten-Devise.
Und kommt eine Schandtät auch einmal heraus :-
das macht einem Geldsack noch lange nichts aus.

Die Armen bestraft man, jedoch ist man reich,
dann endet der Rechtsstreit mit einem Vergleich.
Die Strafe zahlt man aus der Porto-Kasse.
Man ist wieder „sauber“! Es jubelt die Masse,

denn die hat meist nicht alle Tassen im Schrank.
Sie beten für Uli: Dem Himmel sei Dank,
wenn er Uli in Deutschland vor Strafe verschone,
denn der Fußballsack ist doch die Bayern-Ikone –
im Bauch voller Geiz, Unvernunft und auch Gier.
Anstand bleibt vor der Tür, denn der ist nicht von hier!

Malheur der Worte

Mal Mali, mal sonst wohl
mal liegen Geschwulste auf der Zunge
Scheindemokratische Verlautbarung
Gerede von Frieden oasenhaft
gemeint: Verwüstender Krieg
Jürgen Riedel

Sanfter Kampf

Es liegt auf der eisernen Hand die Panzerfaust
bei blutigen Profiten der Rüstungsindustrie
wird das Wort Demokratie
die für die Unversehrtheit des Friedens kämpft
mit Füßen getreten
Jürgen Riedel



**Millionen-Metamorphose:
Uli Hoeneß, Vorbild a.D. –
heißt jetzt Uli Hoeneß
Steuerhinterziehungs-AG.**

Gruselmärchen real

Finster wie Menschenzauber
größtes Außenpolitisches Tabu
der Bundesregierung:
Kriegsverbrecher israelischer Regierungen
werden Abramakabra
in Selbstverteidigung verwandelt
Ta-Buhman wer dies kritisiert
ausgebuht als Antisemitist
im Scheindemokratischen Affentheater

Jürgen Riedel

Für die Unternehmer und Macher



Der Vorstand des Gewerbevereins (v.l.): Andreas Dötsch (stellv. Vorsitzender), Heiko Bley (Schriftführer), Silke Siebeneicher (Schatzmeisterin), Maik Schulz (Vorsitzender), Michael Weise (Pressesprecher).
Foto: Gewerbeverein

Ein Jahr erfolgreiches Agieren des Gewerbevereins Gotha

Nach monatelanger intensiver Vorbereitung und inhaltlicher Diskussion über die Ausrichtung und inhaltlichen Ziele des zukünftigen Gewerbevereins Gotha e.V. wurde am 10.4.2012 der Verein gegründet.

Er versteht sich als eine Vereinigung aller Unternehmer aus Industrie und Handwerk, Handel, Dienstleistungsgewerbe und der freien Berufe, aber auch der Vereine, Verbände und sonstigen Vereinigungen sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts, soweit deren wirtschaftliche, gesellschaftliche oder soziale Tätigkeiten der Entwicklung der Residenzstadt zu Gute kommen.

Der Verein strebt deren Zusammenschluss im Bereich der Residenzstadt Gotha sowie die Durchsetzung deren Interessen an, um insbesondere die nachstehend aufgeführten Aufgaben gemeinsam zu bewältigen: Förderung des lokalen Wirtschaftsstandortes der Residenzstadt Gotha, als Bindeglied zwischen Landes- bzw. Kommunalverwaltung und den Mitgliedern zu wirken, Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder durch werbende und gesellschaftliche Veranstaltungen, Existenzgründungen, Unternehmernach-

folgen und Gewerbeansiedlungen zu unterstützen. Der gewählte Vorstand des neuen Gewerbevereins Gotha e.V. unterstreicht die Vielschichtigkeit der gewerblichen Ansiedlungen in der Stadt.

Zum Vorsitzenden wurde Maik Schulz (msb Kommunikation) gewählt, im Weiteren wurden in den Vorstand Andreas Dötsch (mm-store), Silke Siebeneicher (AHG), Heiko Bley (mediaonline), Michael Weise (MWBerater) gewählt. Um den vielschichtigen und zum Teil recht unterschiedlichen Interessenlagen der Mitglieder eine individuelle Plattform zu bieten, finden sich die Vereinsmitglieder in sogenannten Fachschaften, aus denen heraus die inhaltliche Arbeit und die Zusammenkünfte organisiert werden.

So hat die Fachschaft „Innenstadt“ in den letzten Monaten bereits hervorragende Arbeit geleistet, zwei Shoppingnächte, Zeugnisaktion und die konstruktive Mitarbeit in der PlanWerkStadt sind nur einige Beispiele. In diesem Jahr folgen als Höhepunkte das Midsommer Event am 21. Juni sowie die Organisation von zwei Shoppingnächten und die Fortführung der Zeugnisaktion im Sommer dieses Jahres. Der Gewerbeverein selbst bietet mit einer hochkarätigen Veranstaltungsreihe zu verschiedenen aktuellen Themen des

Marketings einen idealen Rahmen für das Vereinsleben.

Wohin wird die weitere Entwicklung des Gewerbevereins gehen? Ganz klar stehen in diesem Jahr die Mitgliedergewinnung, die Weiterentwicklung der Fachschaften und die klare inhaltliche Positionierung zu Themen der wirtschaftlichen Entwicklung Gothas im Fokus des Handelns. Die Fachschaft „GTHSüd“ ist derzeit in Gründung und die Fachschaft „Ost“ nimmt derzeit klare Formen an.

In „GTHSüd“ finden die Unternehmen der drei südlichen Gewerbegebiete einen idealen Rahmen, um gemeinsame Probleme des täglichen Zusammenlebens sehr unterschiedlicher Unternehmen aus Handel, Handwerk und Produktion miteinander zu diskutieren und alltägliche Probleme, wie z. B. die Verbesserung des Winterdienstes, der Straßenreinigung oder des ÖPNV gegenüber der Stadt und dem Landkreis zu thematisieren.

Heute, ein Jahr nach Gründung des Gewerbevereins Gotha, gibt es einen klaren Anspruch: der Verein ist Gemeinschaft, Kommunikator, Förderer für die Unternehmer und Macher der Stadt Gotha.

Andreas Dötsch

Andreas Dötsch (mm-store) ist Partner des KV Gotha der Partei DIE LINKE.



Gewerbeverein Gotha e.V.
Oststraße 51a, 99867 Gotha
Tel.: (03621) 2 11 90-13
Fax: (03621) 2 11 90-19
E-Mail: info@gewerbeverein-gotha.de
<http://gewerbeverein-gotha.de/>

Er hat die Völker näher gebracht

Zum 100. Geburtstag von Kurt Kauter

„Er war ein großer Reisender vor dem Herrn und aus diesen Reisen entstand Literatur.“

Dieses Resümee zog der Germanist Prof. Dr. Schröder in einer Lesung über den Geologen, Schriftsteller, Pazifisten und Kommunisten Kurt Kauter, dessen Todestag sich am 23. Februar 2012 zum zehnten Male jährte. Die Veranstaltung fand bezeichnenderweise in einem Reisebüro statt – im Gothaer „Sonnenklar.TV“, wo die Urania des Öfteren zu Gast war. Deren Vorsitzende Dr. Karin Krause erinnerte daran, dass Kauter Mitglied des Kultur- und Bildungsvereins war und dass seine Autobiografie „Lebenslandschaft“ (1999) bei einem Urania-Projekt entstand.

Kauter wurde am 7. Mai 1913 in Limburg an der Lahn in einem streng katholischen Elternhaus geboren. Seine Wurzeln gehen bis ins Fränkische, „wo ein gewisser Grumbach herkommt“, sagte er einmal mit dem Blick auf seine spätere Wirkungsstätte Gotha. Auch mit seiner Doktorarbeit nach dem Studium der Geologie, Mineralogie und Geografie in Würzburg (1936) sowie mit seinen Kartierungsarbeiten bei geologischen Anstalten und Erdölkonzernen kann eine Brücke zur Kartografenstadt Gotha geschlagen werden. Nach Kriegseinsätzen in Norwegen, Polen, in der Ukraine und im Nordkaukasus begann Kauter seine „Eindrücke und Erlebnisse literarisch zu fassen“ (Dramen, Jugendbücher, Erzählungen).



Die Baskenmütze war das Markenzeichen von Dr. rer. nat. Kurt Kauter, alias José María Rocafuerte. Quelle: Urania-Archiv, Gotha 1999

Die Begegnungen mit bekannten Persönlichkeiten in beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit formten Kauter als Verfechter der Erhaltung des Friedens und der Einheit Deutschlands, so zum Beispiel mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf dem Zweiten Deutschen Volkskongress oder mit dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann. Er trat in die Kommunistische Partei ein und bekam als Geologe in der CDU-regierten Bundesrepublik keine Anstellung mehr. Bevor Kauter 1958 in die DDR übersiedelte, arbeitete er als Redakteur bei verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften.

Als Hauptgeologe für Erdöl-Erdgas und als Chefredakteur der „Zeitschrift für

Angewandte Geologie“ begann in Gotha eine überaus erfolgreiche berufliche und schriftstellerische Tätigkeit mit Reisen nach Südamerika, Skandinavien und in den Nahen Osten. Die Kulturgeschichte des südamerikanischen Subkontinents wurde Kauters Lebensthema. Schröder zitierte seine Haltung zu Gotha und zur DDR mehrmals: „Er fühlte sich frei, aber er lernte auch zu organisieren und organisiert zu werden.“ In der Zeit bis zur Jahrtausendwende entstanden zahlreiche Fachveröffentlichungen und mehr als zwei Dutzend belletristische Werke mit einer Gesamtauflage von fast zwei Millionen Exemplaren.

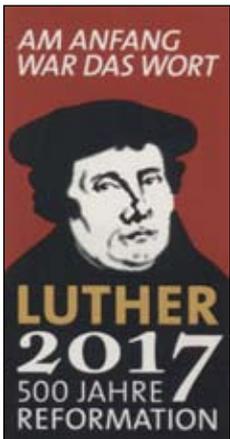
Sein bekanntestes Buch ist die Romanbiografie „Befreier Bolívar“ (1996), eine Hommage an Simón Bolívar, der gegen die spanische Kolonialherrschaft in Südamerika kämpfte. „Bolívar verkörperte die Revolution mit Einschluss aller menschlichen Unzulänglichkeiten. Mit diesem Buch hat er sich und uns ein Geschenk gemacht“, sagte Schröder. Kauter wurde mit der höchsten Auszeichnung Venezuelas, dem Orden Mérito al Trabajo – Primera Clase, für „die Verdienste zwischen den Völkern Venezuelas und Deutschlands“ ausgezeichnet. Der Geehrte ist seinen Idealen bis zum Tode treu geblieben. Er mahnte stets an, dass Sozialismus immer mit Demokratie und Toleranz gepaart sein muss. Es war immer sein Bestreben, „den Lesern zu zeigen, dass die Welt nicht schwarz-weiß ist, sondern vielseitig bunt und des Kennenlernens wert.“

Wolfgang Möller

Dialog der Kulturen (2. Teil)

In der christlichen Religion ist Dr. Martin Luther ohne Zweifel eine der ganz großen Gestalten der deutschen und europäischen Geschichte.

Obwohl er Mönch, Theologe und Kirchenmann war, ging sein Einfluss weit. In der christlichen Religion ist Dr. Martin Luther ohne Zweifel eine bedeutende Persönlichkeit über sein eigentliches Wirkungsfeld hinaus. Einerseits ist er hoch gelobt und verehrt, andererseits gehasst und verdammt. „Mit einem Bein im Mittelalter, reißt er



das Tor zur Neuzeit auf“, sagte Thomas Mann und charakterisierte ihn als einen konservativen Revolutionär. War er auch „Fürstenknecht“ und „Bauernverräter“, wie Franz Mehring meinte? „Luther fegte nicht nur den Augiasstall der Kirche, sondern auch den der deutschen Sprache aus, schuf die deutsche Prosa ...“, konstatierte Friedrich Engels. Indem Luther die katholische Kirche reformierte, konnte sich zugleich eine Vielzahl von einzelnen selbständigen evangelischen Kirchengruppen bilden. Allein in Europa haben sich die lutherischen, reformierten, unierten, methodistischen und reformatorischen Kirchen etabliert. Weltweit zählen sich rund 42 000 Gruppen, Gemeinschaften, Sekten mit unterschiedlichsten Anliegen zur evangelischen Kirche.

Wenn wir uns mit Andersgläubigen auseinandersetzen, mit ihnen reden, sie verstehen wollen, sollten wir wissen, worum es hierbei geht. Es müsste keine Konflikte zwischen Wissen-

schaft und Religion(en) und ihren Anhängern geben, wenn jeweils beide Seiten ihre eigene Sache offen und wahrhaftig betreiben. Dabei muss der Unterschied zwischen wissenschaftlicher und religiöser Wahrheit klar sein. Denn wie Prof. Dr. Hans Küng vom Projekt „Weltethos“ konstatiert, gibt es kein menschliches Zusammenleben ohne ein Weltethos der Nationen; keinen Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen, ohne Dialog unter den Religionen.

Wenn zum Beispiel der vorige Bundespräsident meinte, der Islam gehöre zu Deutschland, was der jetzige auf die Muslime, die hier leben, relativierte, teile ich den Standpunkt von Frau Prof. Käßmann, die sagt: „Jede Religion muss sich in unserem Land den Werten der Verfassung unterordnen. Wir brauchen einen demokratisch-kompatiblen Islam, damit Muslime sich bei uns beheimaten.“

uwe / wird fortgesetzt

Er wurde auch in der DDR geehrt

Gotha/Graz. (Iler) Anfang April wurde ein weiteres Kapitel für die Ehrung des „Retters von Gotha“ aufgeschlagen. Auf Initiative namhafter österreichischer Persönlichkeiten, unter anderem Uni-Prof. Dr. Johann Trummer und Menschenrechtspreisträger Oberst Manfred Oswald, wurde für Josef Ritter von Gadolla nun auch in seiner Heimatstadt Graz ein Denkmal eingeweiht. Die Gedenkstele hat Thomas Lindner aus Erfurt geschaffen, der gleiche Künstler, von dem das Gothaer Denkmal am Ekhofplatz stammt. Der Grazer Standort ist vor der Münzgrabenkirche, in welcher Gadolla 1897 auf die Vornamen Josef Felix Clemens getauft wurde. Lindner, Oberbürgermeister Knut Kreuch (SPD) und die Gadolla-Forscherin Dr. Helga Raschke nahmen an den Feierlichkeiten zur Enthüllung am 5. April teil. Für Raschke war diese Reise in zweifacher Hinsicht ein Höhepunkt ihres Schaffens: Nun wird ihr Buch „Josef Ritter von Gadolla und die letzten Kriegstage in Gotha“ außer in den Gothaer Buchhandlungen auch in der steirischen Hauptstadt zum Verkauf angeboten.



Dr. Helga Raschke während einer Buchlesung über Josef Ritter von Gadolla.

„Ehrendes Gedenken dem Oberstleutnant der Wehrmacht Josef Gadolla. Er stellte seine Treue zum Volk über den bedingungslosen Hitler-Eid. Als Major des Österreichischen Heeres der Ersten Republik wurde Josef Ritter von Gadolla in seiner Vaterstadt und Garnison Graz zum Dienst bei der Deutschen Wehrmacht rekrutiert. In der Kaserne Bürgerau war er als Wehrmeldeamtsleiter dienstverpflichtet und in den letzten Kriegstagen als Kampfkommandant vereidigt. Seiner konsequenten Gewissensentscheidung zur rechtzeitigen Übergabe der zur Festung erklärten Stadt Gotha ist es in hohem Maße zuzuschreiben, dass eine Katastrophe größten Ausmaßes von den Bürgern, den Soldaten und der Stadt abgewendet wurde. Ruhm und Ehre für sein Handeln gegen den faschistischen Krieg. Das 3. Motorisierte Schützenbataillon. Gotha, 1. September 1965.“

(Text der Gedenktafel für Gadolla vor dessen Dienstzimmer in der ehemaligen Kaserne des 3. Schützenbataillons der NVA in der Bürgerau, jetzt Kaufland).

Denkmal in Graz für den Märtyrer und Retter von Gotha – Josef Ritter von Gadolla

Um die Blut- und Glaubenszeugen des 20. Jahrhunderts vor dem Vergessen zu bewahren, wurde 1994 von Papst Johannes Paul II. angeregt, deren Lebensgeschichten zu sammeln. So entstand eine Dokumentation, das Martyrologium „Zeugen für Christus“, das im Jahr 2000 erstmals als zweibändiges Buch erschien. Der Prälat Professor Dr. Helmut Moll mit seinem Sitz im Erzbistum Köln ist von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragt, dieses Martyrologium zu führen und die Selig- und Heiligsprechungsverfahren zu dirigieren.

Seit jüngster Zeit ist auch der „Retter der Stadt Gotha“, Josef Ritter von Gadolla, als Märtyrer anerkannt und in dieses bedeutende Buch eingetragen. Der Weg dazu war jedoch lang. In Gotha setzte seine Würdigung 1946 mit der Benennung der Gadolla-Straße ein. Seit 1964 recherchiere ich über das Leben und Schicksal des mutigen Mannes, bezog seine Geschichte in die Dauerausstellung des Museums ein und veröffentlichte über ihn. Auch das 3. Schützenbataillon der NVA in der Kaserne Bürgerau hatte ich 1965 beraten, um eine Gedenktafel für Gadolla vor dessen Dienstzimmer in der Kaserne anzubringen. Die Tafel ist leider nach dem Umbau verloren gegangen. (Wer weiß, wo sie verblieben ist?).

Es wäre empfehlenswert, ein neues Erinnerungssymbol über den bedeutenden

Mann unserer Stadt anzubringen. In Graz war erst zum 100. Geburtstag für Gadolla 1997 ein Weg im Stadtteil Puntigam nach ihm benannt worden. Zwei Jahre früher war im Gothaer Schlosshof eine Tafel enthüllt worden, die der mutigen Tat gedenkt. Sicher werden sich noch einige Gothaer an das eindrucksvolle Orgelkonzert erinnern, das der Grazer Professor Dr. Johann Trummer anlässlich einer Gedenkfeier für den österreichischen Offizier 2010 in der Margarethenkirche gab. Der Organist hörte hier zum ersten Mal von OB Knut Kreuch von Gadolla, der sein Leben opferte, um die Bürger und die Stadt Gotha vor dem Tod und der Vernichtung zu retten.

Gadolla war Anfang Januar 1945 der ranghöchste Offizier der Garnison Gotha und wurde in dieser positionierten Stellung Kampfkommandant für den „festen Platz“. Entgegen dem Befehl, die Stadt bis zum letzten Mann zu verteidigen, ließ er jedoch weiße Fahnen hissen und versuchte, Gotha den amerikanischen Streitkräften zu übergeben. Bei seiner zweiten Parlamentärfahrt wurde er von fanatischen Wehrmachtsangehörigen festgenommen und in Weimar vor ein Standgericht gestellt, wo er versicherte: „Ich habe dieses alles als Idealist getan, um die Stadt nicht ganz dem Verfall und Tod zu übergeben.“ Ein Militärgericht verurteilte ihn jedoch im Schnellverfahren zum Tode. Am 5. April 1945 wurde er in Weimar hingerichtet. Einen Tag zuvor war Gotha bereits von amerikanischen Streitkräften eingenommen worden.

Johann Trummer wollte mehr über Gadolla wissen. Mein Buch „Josef Ritter von Gadolla und die letzten Kriegstage in Gotha“ war für ihn schließlich eine Handhabe, um ihn als Märtyrer anerkennen zu lassen. Anlässlich des 68. Todestages von Gadolla konnte nun der Grazer Bürger auch in seiner Heimatstadt erneut geehrt werden. Er erhielt symbolisch ein gleiches Denkmal wie das vor dem Gothaer Neuen Rathaus, die beide der Erfurter Künstler Thomas Lindner entworfen hat. Zu der sehr würdigen Gedenk- und Segnungsfeier mit fast 500 Gästen waren Oberbürgermeister Kreuch und ich eingeladen. Sie fand in der Münzgrabenkirche statt und war von der „Katholischer Medien Verein Privatstiftung“, der Prof. Trummer vorsteht, vorbereitet worden. Prälat Moll würdigte in einem Vortrag Gadolla als katholischen Märtyrer. Der Apostolische Nuntius von Österreich Erzbischof Dr. Peter Stephan Zurbriggen bezog ihn in seine Predigt ein und segnete im Anschluss das Denkmal vor der Kirche. Neu war, dass zum ersten Mal auch die österreichischen Traditionsverbände Gadolla würdigten; denn noch Jahre zuvor hatten sie ihn als Befehlsverweigerer und Verräter angesehen. Mit einer Urkunde sprach mir der Militärdekan Dr. Rachle' „für die jahrzehntelange Forschungsarbeit über den Grazer Offizier ... Dank und Anerkennung“ aus.

Dr. Helga Raschke

Chancen für Sport und Freizeit

Was das Schwimmbad in Wölfis mit der Gemeindefusion zu tun hat

Viele Besucher des Freibades Wölfis sind überrascht, dass es in der Umgebung des Bades und im Bad selbst so schön ist.

Die Grundschule mit Turnhalle, der Park des ehemaligen Schulgartens, die beiden Teiche, die Bungalows des Rassegeflügelvereins mit dem Vereinsheim und das Schwimmbad bieten ein Eldorado, wie man es nur in wenigen Orten im Kreisgebiet findet. Obwohl Wölfis kein Kurort ist, haben mir schon viele auswärtige Besucher bestätigt, dass man sich hier wie in einem Naherholungsgebiet fühlt.

Das Freibad aber die Gemeinde Jahr für Jahr sehr viel Geld. Es ist für die Kommune eine Gradwanderung, angesichts der dauerhaft angespannten Finanzsituation, diese freiwilligen Leistungen aufzubringen. Allen, die für den Erhalt des Wölfiser Schwimmbades Verantwortung zeigen, gilt ein großes Dankeschön für



Das Schwimmbad in Wölfis. Foto: K. Perlt

den weiteren Fortbestand und den stets sauberen und gepflegten Zustand dieses Objektes.

Der neben dem Schwimmbad gelegene Sportplatz trägt diesen Namen an sich zu unrecht. Er hat die Form eines Trapezes und ist nicht, wie üblich, rechteckig. Es gibt schon sehr lange Pläne, einen neuen Sportplatz westlich des Schulgartens einzurichten – aber wie soll ein Dorf so etwas finanzieren, das nicht über die erforderli-

chen Einnahmen verfügt. Die einzige Alternative zum gegenwärtigen Zustand bildet ein Zusammenschluss der Gemeinden Crawinkel, Wölfis, Luisenthal und Gräfenhain mit der Stadt Ohrdruf. Die dann entstandene Stadt Ohrdruf hätte über 10 000 Einwohner und damit auch eine höhere Schlüsselzuweisung als heute zu erwarten. Sie hätte dann auch ein Freibad mit guter Radweganbindung – im Stadtteil Wölfis.

Neben Investitionen in die Infrastruktur der einzelnen Orte wäre es dann auch keine Utopie mehr, in ein paar Jahren einen neuen Sportplatz in Wölfis zu bauen. Der jetzige Sportplatz könnte dann zum Teil als Parkplatz genutzt werden und auf der verbleibenden Fläche wäre noch genügend Raum für einen Campingplatz vorhanden (Duschmöglichkeiten gibt es bereits im jetzigen Sportlerheim), denn das Umfeld des Schwimmbades lädt unsere Gäste geradezu ein, sich in Wölfis zu erholen.

Klaus Perlt

Denkzettel verteilen

Volksbegehren zu Kommunalabgaben ist vorerst nur gescheitert

Das Urteil ist gefällt. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat am 10.4.2013 in Weimar ein Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben für unzulässig erklärt, weil die Thüringer Verfassung eine Volksgesetzgebung für Abgaben grundsätzlich ausschließt. Dies gilt selbst dann, wenn ein Volksbegehren zu keinerlei Belastungen der öffentlichen Haushalte führt. Eine derartige Einschränkung bedeutet das Ende für jede Art der Volksgesetzgebung, weil letztlich alle Gegenstände eines Volksbegehrens finanzielle Auswirkungen haben.

Minister kommen und gehen

25 000 Unterschriften von Bürgern, die die Einleitung eines Volksbegehrens unterstützt haben, sind vom Thüringer Verfassungsgericht für nichtig erklärt worden. Dieses Urteil, so war in der TLZ zu lesen, befriedigt natürlich Innenminister Geibert (CDU) und nichts anderes haben die unzähligen Bürgerinitiativen Thüringens von ihm erwartet. Er, der Herr Geibert, sollte sich dessen bewusst sein, dass in Thüringen die Innenminister kommen und gehen, die Bürgerinitiativen aber bleiben bestehen. Längst bekannt ist der große Verschleiß an Innenministern in Thüringen. Sie sitzen hier auf einem Schleuderstuhl. Etwas mehr Bürger-

nähe bei der Kommunalgesetzgebung ist ihm dringend anzuraten.

Seit Jahren wird in Thüringen das ungeliebte Kommunalabgabengesetz (KAG) von den Bürgerinitiativen beanstandet. In Thüringen hat man 2011 nicht gescheut, das KAG so zu ändern, dass eine Beitragserhebung rückwirkend ab 1991 zulässig ist. Diese betrifft besonders die Herstellungsbeiträge für Straßenausbau. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Pressemitteilung Nr. 19/2013 vom 13.4.2013 des Bundesverfassungsgerichtes zum Beschluss vom 5.3.2013 1 BvR 2457 / 8 hinweisen. Dieser Beschluss besagt, dass die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich nur zeitlich begrenzt zulässig ist. Für Straßen sollte man die Kraftfahrzeugsteuer nutzen, die genügend Aufkommen hat, um alle Straßen in Thüringen bestens zu erhalten und zu erneuern. Die Ungleichbehandlung der Bürger in Thüringen bei der Erhebung von derartigen Beiträgen ist kaum zu überbieten. Viele Städte in Thüringen, wie z.B. Erfurt haben noch nie Herstellungsbeiträge für Abwasser erhoben.

Der Thüringer Landtag ist gefordert, eine Verfassungsänderung vorzunehmen, um in der Abgabepolitik wirksame Verbesserungen zu erzielen. Gesetze werden von Menschen verabschiedet und können auch von selbigen geändert werden. Bei den Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen wird

besonders der ländliche Raum benachteiligt. Hier werden die Häuser meistens nur vom Eigentümer, d.h. oft von Rentnern oder Arbeitslosen ohne jegliche Mieteinnahmen durch Vermietung oder Verpachtung bewohnt. Selbige sind nicht gleichzusetzen mit Miethaien, die durch horrenden Mieten hohen Gewinn erzielen. Im ländlichen Raum ist schon lange das Leben nicht mehr lebenswert. Hier sind die Bürger meist sich selbst überlassen.

Schulterschluss Ramelow und Beck

Bemerkenswert ist auch, dass den Hauseigentümern besonders im ländlichen Raum ein besonderer Vorteil für die Inanspruchnahme der Entwässerungsanlagen für seit Jahrzehnte angeschlossene Grundstücke an das öffentliche Kanalnetz nicht nachgewiesen werden kann, wodurch sich die Beitragsforderungen als unzulässig erweisen. Selbst der Vertreter des Vereins von „Mehr Demokratie“ Ralf-Uwe Beck und der Linke Fraktionschef Bodo Ramelow sind mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtes nicht einverstanden. Fazit des gefällten Urteils des Verfassungsgerichtshofes und der Zufriedenheit des Innenministers Geibert (CDU): wachsam bei der kommenden Landtags- und Bundestagswahl zu sein und Denkzettel verteilen.

**Horst Reising,
BI-Stadtrat Waltershausen**

Rechtssysteme in beiden deutschen Staaten

Von Ralph Dobrawa / Teil 2

Auch das Prinzip der Amtsermittlung im Zivilprozess brachte für den Bürger stärker die Gewährleistung, dass auch hier die objektive Wahrheit erforscht wurde und nicht allein aufgrund von Säumnissen und Unkenntnis beim Bürger das Gericht eine falsche Bewertung vornehmen musste, weil die Prozessparteien nicht genügend zum Sachverhalt vorgetragen bzw. nicht entsprechende Beweismittel selbst benannt haben. Das jetzt sehr aktuelle Problem der Verständigung im Strafverfahren – landläufig auch „Deal“ genannt – wäre in der DDR undenkbar gewesen, da es gegen das Prinzip der Erforschung der objektiven Wahrheit verstoßen hätte.

In einer weiteren kleinen Schrift unter dem Titel „Gerechtigkeit sieht natürlich anders aus“, die gleichermaßen 2012 von Erich Buchholz erschienen ist, widmet



sich dieser stärker der Problematik der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Frage „warum das Provisorium Grundgesetz endlich einer modernen Verfassung weichen muss“. Auch dieses Buch ist lohnenswert zu lesen, da der Autor hier verdeutlicht, weshalb eine neue Verfassung kodifiziert werden sollte, die das Provisorium ablöst. Dabei spricht er sich durchaus dafür aus, die bestehenden Grundrechte zu übernehmen, aber auch entsprechend zu erweitern

und dem Zeitgeist anzupassen. Interessant ist vor allem der vorgenommene Vergleich zwischen den Verfassungen der Weimarer Republik, dem Grundgesetz der BRD, der Verfassung der DDR und dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches von 1990. Buchholz zeigt Wege und Lösungen auf, um zu einer neuen, verbesserten Verfassung zu gelangen, die den Interessen des gesamten Volkes dient.

Beide Bücher sind nachhaltig zu empfehlen für alle Rechtsinteressierten und nicht nur für Politiker und Juristen.

- Erich Buchholz „Das DDR-Justizsystem“, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2012, 396 Seiten, 18,00 Euro
- Erich Buchholz „Gerechtigkeit sieht natürlich anders aus“, Spotless im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2012, 95 Seiten, 5,95 Euro.

Deutsche Panzer für Saudi-Arabien

Unser Leser Jürgen Bobbe kritisiert in der Thüringer Allgemeinen vom 25.2.2013 die Lieferung deutscher Rüstungskonzerne ins Ausland unter dem Thema „Unmoralische Waffenverkäufe. Abgeordnete sollen sich gegen die Praxis engagieren“.

Müssen wir in Deutschland von Waffenexporten und den Toten leben, die durch unsere Waffen sterben? Ein Schauer geht über meinen Rücken, wenn ich nur daran denke, dass eine gewisse Vergangenheit Deutschlands wieder aufkommt. Hatten wir doch nach dem letzten Krieg geschworen, niemals wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen oder Arbeitsplätze zu schaffen, die mit Waffenverkauf zu tun haben. Ich kann es gar nicht oft genug anschauen, was im Internet zu lesen ist. Die Staaten der Golfregion investieren immer mehr in deutsche Rüstungsgüter und wir sind so dumm und verkaufen auch. Geld stinkt ja nicht. Der Wert, der im Jahr 2012 genehmigten Exporte dorthin, sei mehr als doppelt so hoch wie im Jahr zuvor. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor. Dessen vorläufige Zahlen sind gravierend für einen friedliebenden Bürger. Viele Bürger achten nämlich gar nicht mehr darauf, was hinter unserem Rücken vorgeht und

glauben nur noch an Friede, Freude, Eierkuchen. Sie wählen einfach Abgeordnete, weil eben Wahl ist.

Insgesamt habe der Wert für die im Jahr 2012 genehmigten Rüstungsgüterausfuhren für die sechs Staaten des Golf-Kooperationsrates 1,42 Milliarden Euro betragen. Im Jahr 2011 lag er den Angaben zufolge noch bei 570 Millionen Euro. Zum Kooperationsrat der Golfstaaten gehören Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Was denken eigentlich unsere Bundestagsabgeordneten wie Herr Selle? Macht er wenigstens den Mund auf oder legt er ein Veto ein? Oder ist es in der CDU wieder nur ein Abgeordneter, der merkt, was da gespielt wird? Wir können doch froh sein, Frieden in Deutschland zu haben und sollten das Feuer nicht anderswo hintragen.

Es sind unsere Steuern, die für Einsätze in anderen Ländern ausgegeben werden. Bei uns haben wir genug zu kämpfen und Menschen zu ernähren. Kinder hungern auch in Deutschland. Immer mehr Menschen suchen sich ihr Essen in Abfallkübeln, wie regelmäßig im Fernsehen berichtet wird. Man muss heute zwei Berufe bekleiden, um ein einigermaßen Familieneinkommen zu erreichen oder Grundlagen für eine Rente zu schaffen. Das brauchen Bundestagsabgeordnete

nicht. Die bekommen schon nach zwei Wahlperioden, die sie als Abgeordnete tätig sind, eine Rente, von der wir nur träumen können. Nicht nur Marlene Dietrich sang damals schon: „Wann wird man je verstehen?“ Marx und Engels waren gut bemittelte Menschen und erkannten die Situation zu gut. Erkennen das auch unsere Abgeordneten? Deshalb muss mehr Transparenz auf den Tisch! Geheimnisse bringen Deutschland wieder den Tod.



**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!**

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

		zum	am
Werner Kästner	Wechmar	63.	02.05.
Uwe Dietzel	Gotha	60.	03.05.
Rosemarie Nürnberg	Gotha	78.	07.05.
Anneliese Meister	Waltershausen	81.	07.05.
Ursula Böhmer	Ohrdruf	89.	07.05.
Walter Schneider	Gotha	80.	09.05.
Lieselotte Mohr	Friedrichroda	81.	15.05.
Rolf Amling	Ohrdruf	78.	18.05.
Ilse Fischer	Waltershausen	89.	19.05.
Karl Penke	Friedrichroda	69.	20.05.
Burkhard Dötsch	Leina	63.	21.05.
Paula Eisenträger	Waltershausen	94.	21.05.
Gisela Funke	Gotha	67.	22.05.
Helmut Kiesling	Dachwig	86.	22.05.
H.-Joachim			
Wollenschläger	Gotha	61.	24.05.
Adalbert Prößdorf	Ohrdruf	86.	25.05.
Manfred Cramer	Gotha	86.	29.05.
Achim Schaub	Tambach-Dietharz	73.	31.05.



Was ist bei kubixx los?

Jeden ersten Mo im Monat	16-17.30	Nähkurs mit Thema
Jeden zweiten Mo im Monat	10.30 Uhr	Vorstandsitzung
Jeden Dienstag	19.30 Uhr	Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt
Jeden Mittwoch	12-16 Uhr	Beratung für Leistungsempfänger nach SGB II-IV
Jeden letzten Fr im Monat		Treffen der Briefmarkenjugend
Jeden letzten Mi im Monat	16 Uhr	Spielesachmittag

kubixx e.V., Blumenbachstr. 5

Vorankündigung: 3.6.2013 Kindertag im Hof

Fest der Linken

1.+2.6. ROSA-LUXEMBURG-PLATZ BERLIN-MITTE

GROSSES KINDERTAGSFEST.
ND-PRESSEFEST.
POLIT-TALK.
INTERNATIONALE GÄSTE.
PROMINENTE.
KONZERTE.
LITERATURWERKSTATT.
GLOBAL VILLAGE.

EINTRITT FREI

WWW.FEST-DER-LINKEN.DE

Ist doch klar(sicht)...

Wenn Bundestagspolitiker unfähig sind, den Neofaschismus zu bekämpfen, ...



„Wenn Verfassungsrichter Politik machen wollen, mögen sie bitte für den Bundestag kandidieren.“
H.-P. Friedrich, Bundesinnenminister (CSU), 23.4.2013

... mögen sie bitte Verfassungsschutzrichter werden.

Termine Mai 2013

01.05.	11.00	Veranstaltung mit dem DGB auf dem Unteren Hauptmarkt Gotha	Wann?
05.05.	13.00	Marktfest und Europatag mit Gregor Gysi, Gabi Zimmer u.v.a. in Hildburghausen	Was?
06.05.	14.30	Redaktionssitzung in der Geschäftsstelle	
08.05.		Veranstaltung zum Tag der Befreiung auf dem Hauptfriedhof Gotha	
08.05.	14.30	Geschäftsführender Vorstand	
10.05.	13.30	Stolpersteinverlegung in Tabarz	
12.05.		Citylauf in Gotha	Wo?
13.05.	17.00	Kommunalpolitischer Abend in Ohrdruf, Schlossgartenpassage, Thema: Gebietsreform	
14.05.	18.00	Kreisvorstand in der Geschäftsstelle	
21.05.	14.30	Redaktionssitzung in der Geschäftsstelle	
24.05.	17-20	Gesamtmitgliederversammlung im „Thüringer Waldblick“ Boxberg	
26.05.	9.00	Politischer Frühschoppen in der Geschäftsstelle	
29.05.	14.30	Geschäftsführender Vorstand, Geschäftsstelle	
30.05.	14.00	Infostand des Kreisvorstandes Neumarkt	
30.05.	17.00	Beratung mit den Basisvorsitzenden, Geschäftsstelle	
31.05.	13.00	„Thüringen rockt“ auf dem Anger Erfurt	

Gesamtmitgliederversammlung

Der Kreisvorstand hat am 16. April in seiner Sitzung die nächste Gesamtmitgliederversammlung einberufen. Inhalt wird es sein, das Bundeswahlprogramm für die Wahl in den Deutschen Bundestag für unsere Partei zu beraten, Vorschläge zu unterbreiten und den Delegierten wichtige Hinweise für den anstehenden Bundesparteitag im Juli in Dresden mit auf den Weg zu geben. Als Gastredner erwarten wir Martina Renner (MdL), die für unseren Wahlkreis als Direktkandidat antreten wird, und Dieter Hausold (MdL), Mitglied der AG Grundsatz beim Landesvorstand. Es wäre schön, wenn Du Dir für uns Zeit nehmen würdest.

Die Veranstaltung findet am 24.5.2013 um 17 Uhr im Hotel „Thüringer Waldblick“ auf dem Boxberg statt.

Bernd Fundheller, Kreisvorsitzender DIE LINKE. KV Gotha

klarsicht

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefststelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; www.die-linke-gotha.de; **Redaktion:** 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; **Redaktionsleiter:** Bernd Fundheller (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; **Redaktionsmitglieder:** Christine Brand, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Norbert Schimelpfennig, Sebastian Schreiner, Ursula Weidenbecher; **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich; **Redaktionsschluss:** 15. des Vormonats; **Zuschriften:** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; **Konto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 820 641 68, Kto-Nr. 207 661 6.